

tendenten eine „Front der Gottverbundenen“, formieren sie zum Gegenstoß Gebetskolonnen. Ihr Bundesgenosse, der Berliner Bischof, bestimmt die „Kampfestaktik“ und ein „oberstes strategisches Leitmotiv“ gegen den Staat des Antichrist. Sogar „gläubige Juden“ gewinnen an Beliebtheit, wenn sie der neuen Front sich einreihen; Priester und Prediger, Rabbiner und Mennoniten vergessen, was sie trennt, beim Angriff auf den proletarischen Sektor unserer Staatenwelt. „Auch der gottgläubige Jude gehört in die große Einheitsfront des Glaubens gegen den Unglauben“, verkündet der neue Bischof von Berlin, mit zweckbewußter Duldsamkeit bekennt er sich zur religiösen Einheitsfront“; im neuen „Kreuzzug“ sollen Glaubenszwang und Glaubensfreiheit sich zusammenfinden!“

Prof. Lenz bezweifelt schließlich nicht, daß die gesalbte Sprache wider den Antichrist „nach Oel riecht“. Der Weckruf des Papstes an das „Weltgewissen“ und den Völkerbund habe einen durchaus politischen Sinn. Unter Hinweis auf die mannigfaltige Ausbeutung daheim und in den Kolonien, die ruhig geduldet würde, schließt Prof. Lenz: „Ein ‚Idealismus‘, der seinen Anhängern die nackte materielle Not bloß sublimiert, hat die Vermutung gegen sich, daß er objektiv als Anwalt bedrohter materieller Oppositionen wirkt Soll der Feldprediger mit Gasmaske das letzte Wort christlicher Lehren sein? Wer für Vergangenes kämpft, möge bedenken, daß seine eigene Position das Ergebnis früherer Revolutionen in Kirche, Staat, Gesellschaft ist. Das Reifen einer neuen revolutionären Situation wird weder durch Gewalt noch durch Beschwörungen verhindert.“

„Die Sowjetunion ist nicht wehrlos.“

In einem Artikel über die Lügenmeldungen der bürgerlichen Presse des Auslandes schreibt die „Kraassnaja Swesda“: „Der Schwindel über die „Zwangsarbeit“ — ist eine groß angelegte Kampagne, die ein wichtiges Glied in der Vorbereitung der sowjetfeindlichen Intervention bildet. Diese neue Kampagne steht in engstem Zusammenhang mit jener Kampagne über die Religionsverfolgungen, die im vergangenen Jahr der Papst ankurbelte, mit jener Kampagne über das Sowjetdumping, die der französische Imperialismus anführte. Der Schwindel über die „Zwangsarbeit“ — das ist die Methode der Mobilisierung der öffentlichen Meinung des Bürgertums, die Methode der Mobilisierung der Massen mit Hilfe des Betrugs und der Verleumdung für den in Vorbereitung befindlichen sowjetfeindlichen Krieg.“

Die Sowjetunion ist angesichts der Brandstifterarbeit jener Abenteurerbande nicht wehrlos, die den neuen Feldzug gegen die

UdSSR einleitete. Insbesondere ist die amerikanische Geschäftswelt hinreichend stark an dem Handel mit der Sowjetunion interessiert, ein Handel, der für Amerika durchaus nicht unvorteilhaft ist. Die Sowjetregierung beschloß seinerzeit, auf jeden, auf eine Blockade gegen die UdSSR gerichteten Schritt eines ausländischen Staates durch eigene Gegenmaßnahmen zu antworten: durch Einschränkung der Bestellungen und Einkäufe in diesem Land. In geeigneter Ausnützung der Gegensätze im imperialistischen Lager werden wir alle auf eine Wirtschaftsblockade der Sowjetunion, unter der Flagge des „Dumping“ und der „Zwangsarbeit“, gerichteten Versuche zu nichte machen.“

Die Verwirklichung des Fünfjahrplans hat jetzt auch den Mitarbeiter des Youngplans, Jean Parmentier, einen führenden französischen Finanzmann, veranlaßt, zur Einheitsfront gegen die Sowjetunion aufzurufen. Gerade weil Parmentier auf Grund einer Studienreise in Sowjetrußland die Festigkeit der Sowjetmacht und die Sicherheit der Durchführung ihrer wirtschaftlichen Ziele erkannte, soll jetzt der kapitalistische Schutzwall kriegerisch verstärkt werden. Es ist bezeichnend, daß gegen das Gelingen des Fünfjahrplans nun auch von deutscher Seite und nicht zuletzt in den offiziellen Organen mit der Dumping- und Zwangsarbeitskampagne maßlos gehetzt wird. Weil in Rußland die Arbeiter sich selbst befreit haben und aus einem Sklavenreich ein kulturell hochstehendes Land der Industrialisierung wurde, wagt man es, von einem Einbruch der Barberei zu sprechen und möchte lieber die Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands und der anderen westlichen Länder zur Sowjetunion unter der Beschimpfung der russischen Arbeiter als „Kulis“ abbrechen und unter dem Segen der Kirche den Aufstieg und den sozialistischen Aufbau des ersten Arbeiter- und Bauernstaates der Welt hintertreiben.

Der 13. Jahrestag der Roten Armee wurde am 23. Februar 1931 in der ganzen Sowjetunion durch Prüfung des Standes der Wehrfähigkeit des Landes und der Festigkeit der Macht der Roten Armee begangen. In einem vom Kriegskommissar Woroschiloff veröffentlichten Erlaß des revolutionären Kriegsrates der UdSSR heißt es u. a.:

Angesichts der neuen Interventionsvorbereitungen der Imperialisten erklären wir nochmals und abermals, daß die Politik der Sowjetmacht eine Friedenspolitik war, ist und sein wird. Alles, was in den Kräften unseres Landes steht, bieten wir auf und werden wir aufbieten, um einen Krieg abzuwenden und die friedliche Arbeit des Sozialismus der aufbauenden Ar-